

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

24.1.1865 (No. 20)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 24. Januar.

N^o. 20.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Deutschland.

Karlsruhe, 20. Jan. Zur Heidelberger Seminarfrage. Der Artikel der „Karlsruher Ztg.“ über die Stellung der Staatsregierung in der Angelegenheit des Heidelberger Seminars und seines Directors hat dem „Bad. Beob.“ Gelegenheit zu einer Kritik in seiner bekannten Art gegeben.

Der Artikel der „Karlsruher Ztg.“ hat Denjenigen eine Aufklärung zugebracht, welche im Irrthum über die heutige Lage der Gesetzgebung und der Staatsregierung einen Einfluß und ein Recht der Einmischung in kirchlichen Dingen zuschreiben, der ihr nicht zusteht. Dies können heute Solche sein, welche in ihren Anschauungen auf Seiten der Protestgeistlichen stehen, morgen Solche, welche zwar gegen das Schenkelsche Buch, aber für freie Forschung sind, und Solche, welche sich mit dem Inhalt des Schenkelschen Buches befreundet haben. Für sie Alle gilt der gleiche Grundsatz und das gleiche Maß des Rechts. Beide Parteien könnten sich je nach Umständen auf das Seminarstatut von 1838 beziehen; beiden würde die Einwendung gelten, daß zwischen 1838 und 1864 das Gesetz vom 9. März 1860 liegt, dessen Inhalt und Geist die Regierung zu achten und zu wahren gedenkt. Beiden würde entgegengehalten werden müssen, daß eine innere Frage der Kirche, welche deren Behörden zur Entscheidung sofort unterbreitet worden war, von der Regierung des Staats nicht an sich gezogen werden kann. Beide würden sich je nach Umständen darauf berufen können, daß hier aber doch ein Ausnahmefall vorliege, und daß die Regierung, weil sie formell die Macht dazu habe, auch für diesen Ausnahmefall sie üben solle. Beiden würde die Belehrung gelten, daß die Regierung ihre Macht nur im Geist des Gesetzes üben dürfe, welches Ausnahmefälle zuzulassen, wo bloß bestimmte Interessen die Gründe zur Ausnahme aufstellen, nicht gestattet. Sie würde zwar mit dieser Lehre Viele nicht überzeugen, denn es gehört zu den schwersten und am seltensten geübten Pflichten, Gesetz und Recht hochzuhalten, wo ein leidenschaftlich erfaßtes Interesse damit in Widerspruch steht; und selbst die höchste Rechtsübung kann nie erwarten, von blindem Eifer anerkannt zu werden. Er schilt das Urtheil des Richters, wie das Verhalten der Regierung so laut und so lange er kann.

Die Staatsregierung trägt für diesen Standpunkt ihre Verantwortlichkeit offen und gern. Dem Kirchenregiment schiebt sie keine zu, wie der „Bad. Beobachter“ die Stellung der Regierung mißdeutet; es hat das Kirchenregiment die Folge seiner selbständigen Stellung, und wird sie zu tragen wissen. Seine Räte, geistliche wie weltliche, werden diesen Stolz und Muth, dessen sind wir überzeugt, besitzen, und nicht, um sich deren zu entschlagen, das Recht der Kirche an den Staat überantworten.

Was den Schlusssatz in der letzten Nr. des „Bad. Beob.“ vom 19. d. M. betrifft, so wird jeder treue Badener nur tiefen Ekel über das Verfahren des „Bad. Beobachters“ empfinden, mit welchem er die erhabene Person des Landesfürsten in seine trüben Diskussionen in den allerentgegengesetzten Richtungen zu ziehen sucht.

Karlsruhe, 23. Jan. Sichem Vernehmen nach wurde der großb. badische Konsul zu Wien, Hr. L. Kadenburg, in der am 17. d. M. stattgefundenen Generalversammlung der österreichischen Nationalbank zu deren Direktor erwählt.

Hendenburg, 18. Jan. In Folge geschickener Einladung von Hr. J. Rohrer in Huldorf, Stellvertreter zur hollsteinischen Ständeverammlung, ist heute in vaterländischen Interesse eine öffentliche Versammlung von Grundbesitzern in Hohenwestedt abgehalten worden. Folgende den Versammelten vorgelegte Adresse an den Kaiser von Oesterreich und an den König von Preußen fand sofort zahlreiche Unterschriften:

An Se. Maj. den Kaiser von Oesterreich und an Se. Maj. den König von Preußen. Allergnädigster Kaiser! Allergnädigster König! Euren Majestäten haben sich die allerunterthänigst unterzeichneten Landesbesitzer der Kreise Hohenwestedt, Norder, Schönfeld, Gademarschen, Hohenaspe, Waden, Eodenbüttel, Kellinghusen, Stellan, Jevensstedt, Raunort, Westense und Bovenau im Herzogthum Holstein in tiefer Sorge über die gegenwärtige Lage ihres Vaterlandes. Mit seltener Sinnthätigkeit haben die Bewohner Schleswig-Holsteins oft und lange genug ihre Rechtsüberzeugung und ihre Wünsche für die Neugestaltung ihres durch die glänzenden Waffenthaten Allerhöchster tapferer Armeen von der Dänemaherkraft befreiten Vaterlandes ausgesprochen. Diese Rechtsüberzeugung, an welcher sie unter der dänischen Regierung ihre Hoffnung aufrecht erhalten und die sie als ihr unveräußerliches Gut hegen und schätzen gelernt haben, sehen sie als den Weg an, den ihnen die Vorsehung selbst gewiesen hat, von welchem zu weichen ihnen ihr Gewissen nicht erlaubt. Es mußte deshalb in hohem Grade unbetrüben, als wir aus den Mittheilungen bedeutender preussischer Blätter entnehmen, daß eine Adresse von 17 Männern aus Schleswig-Holstein an einflussreicher Stelle eine Beachtung gefunden hat, welche sie nicht verdient. Diese Männer stehen mit ihrer Adresse vereint da, haben sich damit allgemeines Vertrauen und den tiefsten Anwillen der überwiegenden Majorität des Landes zugezogen. Auch wir Unterzeichneten haben häufig genug unsere Ansichten laut werden lassen, daß wir den von den ersten Rechtsgelehrten Deutschlands zur Erbfolge in Schleswig-Holstein berechtigten

anerkannten Herzog Friedrich VIII. zu unserm Fürsten wünschen; wir brauchen daher diese Kundgebung nicht zu wiederholen, müssen es jedoch tief beklagen, wenn durch die Adresse jener Siebenzehn die feste Gestaltung unseres Landes sollte auch nur eine kurze Zeit verzögert, der gegenwärtige unklare und lösspielige provisorische Zustand auf's Ungewisse hin verlängert werden. Unser Vaterland bedarf des Friedens! Der vielfährige Druck von Dänemark hat der innern Wohlfahrt des Landes tief geschadet und eine vernünftige Gesetzgebung für die geistigen und materiellen Interessen der Bewohner dermaßen in Rückstand gebracht, daß eine Berufung der gesetzmäßigen Vertretung des Landes schon jetzt in hohem Grade geboten erscheint. Ew. Majestäten bitten wir deshalb vertrauensvoll: Beachten Sie nicht die Kundgebung jener einzelnen Stimmen, sondern lassen Sie dem Recht unbeschränkt seinen Lauf, dem Recht und Verlangen Schleswig-Holsteins, als Theil des großen deutschen Vaterlandes unter dem eigenen Herzog zu leben, und geben Sie ihm Gelegenheit, mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Landes unsern Dank für die Befreiung durch treue Pflichtenfüllung gegen Deutschland, namentlich gegen Preußen, auch ferner an den Tag zu legen.

Kiel, 21. Jan. Die „Kieler Ztg.“ meldet, daß die „Kopenhagener Nationalbank“ in Folge des Friedensschlusses sich weigert, der ihr durch Verordnung vom 5. Jan. 1863 auferlegten Verpflichtung, die Schuld der schleswig-holsteinischen Staatskassenscheine zu verzinsen, nachzukommen.

Aus Schleswig, 19. Jan. Die amtlichen Blätter der Herzogthümer enthalten folgende Bekanntmachungen und Verordnungen der obersten Zivilbehörde, welche die letzten, im Wesentlichen schon mitgetheilten Maßregeln dieser Behörde betreffen:

1) Eine Bekanntmachung, daß der Sitz der schleswig-holsteinischen Obertelegrapheninspektion fortan nicht mehr Kiel, sondern Flensburg sein soll; 2) eine Verordnung, betreffend die Vereinigung der Verwaltung des schleswig- und des hollsteinischen Zollwesens zc. und Einsetzung einer schleswig-holsteinischen Zollinspektion, welche vom 1. Februar ab ihren Sitz ebenfalls in Flensburg nehmen soll; 3) eine Bekanntmachung, daß der seitigerige schleswig'sche Zolldirektor Kühn mit den Geschäften eines Chefs der Zollinspektion beauftragt worden sei; 4) eine Verordnung, betreffend die Theilnahme der Geschäftszweige unter die einzelnen Sektionen der schleswig-holsteinischen Landesregierung und deren Geschäftsgang; 5) eine Bekanntmachung über die nunmehrige Zusammenziehung der Landesregierung (Graf Daudiffin ist nicht zum Chef des Secretariats der Oberzivilbehörde, sondern zum Landdrosten der Herrschaft Binneberg ernannt worden); 6) eine Bekanntmachung, betreffend die vorläufige Unterstützung der bisher in der dänischen Armee als Unteroffiziere zc. angestellt gewesenen Schleswig-Holsteiner.

Berlin, 20. Jan. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Wahl des Landraths v. Ernsthausen (Moers) zwar für gültig erklärt, dagegen auf Antrag der Kommission ausgesprochen, daß die Vereinigung der Kandidatur zum Abgeordnetenhaus und des Wahlkommissariats in einer Person nicht zulässig sei und sich mit der Unabgängigkeit der Wahlen nicht vertrage. Eine lebhafteste Debatte entspann sich bei der Prüfung der Wahl des Hrn. v. Tettau zum Abgeordneten des vierten königsberger Wahlbezirks, Kreis Pr.-Eylau. Der Gehang bei jener Wahl war nach dem Kommissionsbericht folgender: Der Wahlvorstand wurde gebildet, die Abstimmung erfolgte, und nachdem der Wahlkommissarius gefragt, ob Alle gestimmt hätten, und sich Niemand mehr gemeldet habe, hat er die Wahl für geschlossen erklärt. Es wurden 295 Stimmen abgegeben, 147 Stimmen lauteten auf den Namen v. Tettau, 147 auf v. Sauten-Julienfelde, 1 Zettel trug den Namen v. Zauken-Julienfelde. Diese Stimme würde für ungültig erklärt und in Folge dessen, da Stimmengleichheit vorlag, eine zweite Wahl vorgenommen. In dieser erhielt Hr. v. Tettau die Majorität. Die Kommission ist der Ansicht, daß es unzweifelhaft sei, daß mit der Bezeichnung v. Zauken-Julienfelde nur Hr. v. Sauten-Julienfelde, eine in jener Gegend allgemein bekannte Persönlichkeit, gemeint sein könne, jene für ungültig erklärte Stimme als gültig und Hr. v. Sauten als gewählt angesehen werden müsse, weil er bei einer Wahl, bei der es sich nur um zwei Personen gehandelt habe, die Majorität von einer Stimme erhalten habe. Die Stimme könne nicht für ungültig angesehen werden, sondern sie enthalte nur eine ungewisse, aber unzweifelhafte Privataussage. Die Abtheilung beantragt, die Wahl des Hrn. v. Tettau für ungültig zu erklären und gleichzeitig auszusprechen, daß Hr. v. Sauten in der Voraussetzung der Annahme der Wahl binnen 8 Tagen als Abgeordneter jenes Kreises zu erklären sei. Das Haus entschied sich nach längerer Debatte, in welcher Graf Eulenburg und v. Gottberg den Kommissionsantrag bekämpften, für Annahme des letztern. Die Wahl des Hrn. von Tettau ist also für ungültig erklärt.

Berlin, 21. Jan. Das Herrenhaus hielt heute eine Sitzung, in welcher der Handelsminister den Entwurf zu einem allgemeinen Gesetz über eine neue Verordnung vorlegte. Die nächste Sitzung ist Dienstag, in welcher wahrscheinlich die Adresse zur Berathung gelangen wird. Der Adressentwurf, welchen die Kommission in Anwesenheit des Minister-

präsidenten v. Bismarck einstimmig genehmigt hat, lautet wie folgt:

Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Mit dem ehrfurchtsvollsten Danke und mit der freudigsten Zustimmung hat das Herrenhaus die huldreichen Worte vernommen, mit welchen Ew. Königl. Majestät den diesjährigen Landtag zu eröffnen geruht haben. Wie Ew. Königl. Majestät, preist auch das Herrenhaus den allmächtigen Gott für die Ereignisse des vergangenen Jahres. Ihm sei die Ehre für den reichen Segen, den Er auf die Waffenthaten des preussischen Heeres gelegt hat, welches im brüderlichen Verein mit kaiserl. österreichischer Kriegsmacht für die Rechte deutscher Lande in den Kampf gezogen war.

Die unter preussischen und österreichischen Fahnen errungenen Siege sind neue Bürgschaften für das gemeinsame, einige Handeln beider deutschen Großmächte, für die Rechte deutscher Länder und für die Heiligung der Bande, welche alle deutschen Staaten umschließen. In den ruhmvollen Erfolgen der preussischen Waffen erkennen wir mit gerechtem Stolz eine erste Frucht der neuen Heeresverfassung, welche Ew. Königl. Maj. eigenes Werk ist. Dank Ew. Maj. für das im rechten Augenblick begonnene und mit Festigkeit durchgeführte Werk, dessen heilsames Ziel ist, unter sorglicher Schonung der Kräfte des Landes, Preußen auf der ihm gebührenden Machtstufe zu seinem eignen Heil und zum Heil von ganz Deutschland zu erhalten. Der mit Dänemark geschlossene Friede hat den gemeinsamen Siegen gemeinsame Pflichten hinzugefügt und die Geschichte der wesentlich deutschen Herzogthümer einer Neugestaltung entgegengeführt. Ew. Königl. Maj. Welsheit vertrauen wir, daß diese Neugestaltung der durch den Friedensvertrag an Preußen und Oesterreich abgetretenen Länder sowohl den Interessen Preußens und somit Deutschlands, als auch den von Ew. Maj. und Allerhöchsterer Unterthanen bereitwillig gebrachten Opfern entsprechen und die Herzogthümer selbst in den Stand setzen werde, ihre reichen Kräfte für das gemeinsame Vaterland zu verwenden. In dieser Richtung kann Ew. Königl. Maj. Regierung auf die unbedingte Unterstützung des Herrenhauses bauen.

Nicht minder wird das Herrenhaus in Allem, was das Wohl des Landes erfordert, nach pflichtgetreuer Berathung der vertheilten Gesetze entwürfe Ew. Maj. Regierung nach besten Kräften zu unterstützen bereit sein. — Ew. Königl. Majestät war es vorbehalten, einen zwar kurzen, aber an Anstrengungen reichen Krieg ohne eine Vermehrung der Staatsschuld zu führen. Wir erkennen hierin mit Freuden den Beweis treuer, umsichtiger Verwaltung der Staatsmittel und hegen den lebhaften Wunsch, daß die schonende Benützung der finanziellen Hilfsquellen des Staats allgemein gewürdigt werde. Der festen und erfolgreichen Politik Ew. Maj. ist es gelungen, durch den Abschluß neuer Verträge die Hindernisse, welche die Fortdauer des deutschen Zollvereins zu gefährden drohten, zu beseitigen und durch den mit Frankreich abgeschlossenen Vertrag dem Handel in weitem Gebieten eine freie Bewegung, sowie den freundschaftlichen Beziehungen benachbarter Nationen durch die gemeinsame Entwicklung eine neue Bürgschaft zu verleihen. Mit dankerfülltem Herzen für Ew. Maj. weise und landesväterliche Fürsorge geben wir uns der Hoffnung hin, daß die von Allerhöchsterer Regierung eingeleiteten Verhandlungen mit dem befreundeten Nachbarstaat Oesterreich zu einem festen, gedeihlichen, dem Wohl der beiderseitigen Völker entsprechenden Ziel führen werden.

Allergnädigster König und Herr! Wie in Ew. Königl. Maj. landesväterlichem Herzen, so lebt in uns Allen der dringende Wunsch, den beklagenswerthen Segensatz beseitigt zu sehen, welcher nun schon Jahre lang zwischen Allerhöchsterer Regierung und einem Theil der Landesvertretung obwaltet. Aber das Bedauern über diesen Segensatz hebt in uns keineswegs die unerschütterliche Überzeugung auf, daß die Selbständigkeit Preußens und seine Machtstellung unter den europäischen Staaten eine feste und starke Regierung unbedingt erfordern und daß die Wohlfahrt des Landes es erheischt, daß seine Vertretung die ihr zustehenden Rechte mit derjenigen Mäßigung und Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse übe, welche die Aufrechthaltung jener ersten Bedingung der Größe Preußens sichern. Deshalb werden wir in der Verteidigung aller wohlverordneten Rechte, insbesondere aber der geheiligten Rechte der Krone, sowohl auf dem Gebiet der Heeres-einrichtungen, als auf jedem andern Gebiet, unverbrüchlich zu Ew. Maj. Regierung stehen. Mit Zuversicht blicken wir in diesen Segensätzen zurück auf die erhabene Erfahrung des vergangenen Jahres, daß, wo die preussischen Waffen auf dem Kampfplatz erschienen, trotz des Zwiespals der Parteien, das preussische Volk eins ist in dem preussischen Nationalgefühl, eins in der Opferwilligkeit für des Vaterlandes Ruhm und Ehre, eins in dem Dank gegen seine tapfern Söhne. Mit Zuversicht blicken wir hinauf zu dem hohen Königshaus, welches uns durch Gottes Gnade geschenkt ist und welches mit des Allmächtigen Hilfe Preußen durch alle Stürme der Zeiten stets zu neuer Wohlfahrt und zu neuem Ruhm geführt hat. — In tiefer Ehrfurcht ersterben wir Ew. Königl. Maj. allerunterthänigste, treuegehörigste — Das Herrenhaus.

Berlin, 21. Jan. (Köln. Ztg.) In Betreff der Behandlung der schleswig-holsteinischen Vereine hört man, es sollen nur die eigenen hollsteinischen und schleswig'schen Landesgesetze auf jene Vereine angewendet werden. Die österreichische Depeche vom Dezember soll die einschlagenden Fragen sehr ausführlich behandeln. Es bestätigt sich, daß die preussische Antwort darauf noch nicht erlassen ist. — Wegen des Handelsvertrages mit Oesterreich sollen noch einige, nicht sehr wesentliche Schwierigkeiten zu beseitigen sein. — Die Nachricht von einer beabsichtigten Zusammenkunft zwischen dem Hrn. v. Bismarck und dem Grafen Mensdorff wird in unterrichteten Kreisen als unbegründet angesehen.

Berlin, 22. Jan. Gestern früh traf der Prinz Friedrich Karl von seiner nach Wien unternommenen Reise hier wieder ein und wurde gestern Vormittag von Sr. Maj. dem König empfangen. Später empfing Sr. Maj. den in der Begleitung des Prinzen aus Wien hierher zurückgekehrten Chef des Generalstabes der Armee, Generalleutnant v. Moltke. — Wie verlautet, sollen die im Entwurf bereits fertigen Regierunausführungen wegen Erweiterung der Marine vor ihrer Einbringung beim Landtag noch erst durch den morgen zusammen tretenden Admiralsrat näher geprüft werden. — Heute wurde im königl. Schloß die Feier des Krönungs- und Ordensfestes begangen. Die Festgenossenschaft war in diesem Jahr besonders zahlreich. Während sonst in der Regel etwa 1500 Einladungen ergingen, waren diesmal deren 2000 erfolgt. Diese bedeutende Zunahme erklärt sich hauptsächlich aus der Beibehaltung vieler Militärs, welche im letzten Feldzug mit Orden und Ehrenzeichen beehrt worden sind. — Zum Andenken an den Todestag Schönleins wird morgen, 23. d., von der hiesigen medizinischen Gesellschaft in der Aula der Universität eine Gedächtnisfeier veranstaltet. Als Redner tritt dabei Birchow auf. — Wie es heißt, wird die Regierung gegen das Verfahren der Abgeordnetenmehrheit in der Wahlangelegenheit der H. v. Lettau und v. Saucken-Julienfelde einen förmlichen Protest erheben.

Wien, 20. Jan. Die „Koburg. Btg.“ läßt sich telegraphiren: Prinz Friedrich Karl von Preußen heute Morgen plötzlich, schneller als beabsichtigt, abgereist. Förmliche Verhandlungen unterblieben; namentlich Schriftliches nicht ausgehandelt.

Wien, 21. Jan. Die „Presse“ schreibt: Heute Vormittag hat in dem Redaktionsbureau der „Presse“ eine strenge Hausdurchsuchung stattgefunden. Das gesuchte Manuskript (der in dem Morgenblatt vom 14. d. veröffentlichte österreichisch-preussische Depeschenwechsel über Schleswig-Holstein) wurde nicht aufgefunden. Die H. v. Bang, Dr. Seuffert und Mitter wurden als Zeugen in der diesfalls wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses eingeleiteten Untersuchung vernommen. Man telegraphirt der „Zff. Post-Btg.“: Die Absicht, in Berlin auf Verantwortung der letzten diesseitigen Depesche zu bringen, ist aufgegeben, nachdem hier die vertrauliche Eröffnung gemacht worden ist, die Antwort Preußens werde jedenfalls im Lauf der nächsten Woche eintreffen.

Es schweben Verhandlungen mit Preußen über die Verweigerung der bedeutenden Einnahmeüberschüsse in den Herzogthümern. Oesterreich hat beantragt, sie bei der Hamburger Bank zu deponiren.

Wien, 21. Jan. Es scheint, daß das österreichische Kabinet sich den deutschen Bundesregierungen oder wenigstens den größeren dieser Regierungen gegenüber in eben so einigender als befriedigender Weise über die österreichische Politik in der Schleswig-Holsteiner Frage und speziell über den Geist, in welchem es die jetzt noch schwebenden Verhandlungen mit Preußen führe, ausgesprochen hat. Wenigstens sind hier, ohne Zweifel als Antwort auf die betreffenden Darlegungen, namentlich von Bayern und von Sachsen, Äußerungen eingegangen, welche mit Anerkennung der diesseits kundgegebenen Tendenzen und mit der Erklärung, daß man hienach mit Vertrauen die fortgesetzte Wahrung der deutschen Interessen in die Hände Oesterreichs lege, zudem aber auch mit rückhaltloser Betonung der Ueberzeugung, daß berechnete und innerhalb der festen Grenzen des Bundesrechts sich bewegende Forderungen Preußens einem Widerspruch nirgends begegnen würden, nur noch dem dringenden Wunsch einer beschleunigten Lösung der in Rede stehenden nationalen Frage einen nochmaligen Ausdruck liehen.

Die zahlreichen prinzipiellen Konflikte zwischen der Regierung und dem Reichsrath, wie sie namentlich im Hintergrund fast jeder einzelnen Interpellation stehen, welche in letzter Zeit gestellt wurden, haben durch die Erklärung des Finanzministers, daß er einem Beschluß des Abgeordnetenhauses und selbst beider Häuser des Reichsraths, welcher ihn zu einer speziellen Rechnungslegung betreffs der Depotgeschäfte verpflichten wolle, eine maßgebende Bedeutung nicht beizulegen vermöge, einen neuen Zuwachs erhalten, und diesmal scheint das Haus entschlossen, scharf ins Zeug zu gehen und nicht Gras wachsen zu lassen über den Konflikt. Formell liegt die Sache zweifelhaft, aber materiell muß man es für ein Uebing erklären, daß der zur Kontrolle berufene Reichsrath eine Kontrolle nur dann ausüben können, wenn die kontrollirte Regierung selbst dieselbe als berechtigt anerkennt.

Wien, 22. Jan. (Allg. Btg.) Der Petitionsausschuß des Abgeordnetenhauses hat einstimmig beschlossen, der Regierung die Freilassung von Langiewicz dringend zu empfehlen.

Italien.

Turin, 20. Jan. Es wird versichert, daß die Lage des Staatsschatzes der Kammer sojgleich nach der Diskussion der Unternehmung über die September-Ereignisse vorgelegt werden wird. Die Subskription der Obligationen der Gesellschaft für den Verkauf der Domänengüter ist sehr günstig ausgenommen worden. Die Kammer fährt fort, Gegenstände administrativer Art zu beraten.

Turin, 21. Jan. Der Finanzminister hat der Kammer einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Budgets für 1865 vorgelegt. Das Defizit der ordentlichen Einnahmen beläuft sich auf 171 Mill., doch glaubt man es durch Annahme der neuen Gesetze über das Enregistrement, die Stempelsteuern und die Reorganisation der Provinzen auf etwa 120 Mill. abmindern zu können. Die aus den neuen Steuergesetzen sich ergebenden Einnahmen sind, für das erste Jahr, unter der anfänglichen Voraussetzung angeschlagen. Die außerordentlichen Ausgaben erheben sich auf 70 Mill., die außerordentlichen Einnahmen auf 25; mithin ergibt sich ein Defizit von 45 Mill. Zu diese außerordentlichen Einnahmen sind nicht mit einbegriffen die 48 Mill., die als Kaufpreis der Domänengüter in dem früheren Budget in Rechnung gebracht sind.

Unter dem ordentlichen Passivum befinden sich 37 Mill. als Zinsgarantie für die Eisenbahn-Gesellschaften.

Frankreich.

Paris, 21. Jan. Der „Constitutionnel“ bringt heute einen Artikel über die durch die Encyclica veranlaßten bischöflichen Kundgebungen, der vor seiner Veröffentlichung höchsten Orts durchgesehen worden sein soll.

Wann — fragt das halbamtliche Blatt — haben jemals die religiösen Interessen feieres Feld und wirksamere Schutz gefunden, als unter Napoleon III.? Er hat, nachdem er die Gesellschaft von der Anarchie befreit, der Religion den edlen und breiten Antheil, der ihr zukommt, angewiesen und weder der Revolution, noch dem Skeptizismus, die davon abriethen, Gehör gegeben. Unter dem zweiten Kaiserthum wurden der Religion exceptionell günstige Verhältnisse geschaffen; sie wurde geschützt, ohne daß ihr etwas Unbilliges zugemutet ward. Ganz anders ging es von 1815 bis 1830, wo der Thron sich aus bekanntem Interesse auf den Altar stützte und die Verhaftung des einen auf den andern überging. Auch unter der Juli-Regierung mußte der Klerus, daß er nur zwischen Gehorsam oder Indifferentismus die Wahl habe. Die kaiserl. Regierung ist keine Minute ihrer Aufgabe uneingedenk gewesen; wo die religiösen Interessen in politischen Verwicklungen geriethen, hat das kaiserliche Stills zu vermitteln gesucht, ohne eines dem andern zu opfern, und auch der September-Vertrag erschien ihm als ein glückliches, ja fast unverhofftes Resultat. Aber diese Angelegenheit zum guten Ende zu führen, ist heikel und schwer. Und in einem solchen Moment sucht man die Gemüther zu beunruhigen, erheben die Bischöfe Einsprüche gegen ein mit der größten Mäßigung angewendetes Gesetz. Die Stunde hat noch nicht geschlagen, wo sich nachweisen läßt, auf welcher Seite die Mäßigung und auf welcher die Festigkeit spielt; heute aber darf es wenigstens nicht verschwiegen werden, daß diese Schilde-erhebung höchst bedauerlich ist, daß die Religion dabei nicht gewinnen wird, da ungerechte Anklagen mit Jornaubränden ihr keine Ehre bringen. Das Christenthum ist die hohe Schule der Ehrfurcht, und die Vertreter der Kirche haben deshalb ihre Worte mehr als andere Menschen zu wägen; auf einer katholischen Kanzel ist Festigkeit noch mehr als anderswo eine Widerfingigkeit, die leicht zum Skandal wird.

Der „Constitutionnel“ macht schließlich aber noch auf die erfreuliche Erfahrung aufmerksam, daß sich im Lande nirgends eine Spur der Aufregung zeigt, die in den bischöflichen Briefen herrscht; das Land, welches weiß, daß die Regierung sich weder durch die Feinde der Religion, noch durch die Feinde der bürgerlichen Gesellschaft forciren läßt, bleibt ruhig, weil es vollkommen beruhigt ist. Das sei die große Lehre dieser Vorgänge.

Generalprokurator Dupin ist heute Nacht gestorben; dagegen lauten die Nachrichten von dem Befinden des Hrn. Charas fortwährend entschieden besser. — Die Welt-ausestellung ist nun entschieden auf 1867 festgesetzt, und bisher scheint das Marsfeld zum Schauplatz derselben auszuweisen. Die Kosten des Gebäudes sind auf 18 Millionen berechnet, die zu gleichen Theilen durch öffentliche Zeichnung, durch die Stadt Paris, und durch den Staat gedeckt werden sollen.

Paris, 21. Jan. Der Kaiser unterzeichnete im heutigen Ministerrath das Dekret, welches die Kammern auf den 15. Febr. einberuft. — Die Kundgebungen der Bischöfe durch Protestationen oder Ansprachen dauern fort. Es folgten: Arras, Bourges, Aix und St. Vriem. — Die Broschüre des Bischofs Dupanloup unter dem Titel: „Die Konvention vom 15. Sept. und die Encyclica vom 8. Dez. (80 S. in 8.)“ wird nächsten Montag erscheinen. In der Einleitung sagt Mgr. Dupanloup u. A.:

Wie bewundernswürdig logisch sind die liberalen Sprachvorträge, welche die Encyclica eines entworfenen Papstes „Eingriff“ (Empielement) und das Rundschreiben eines Ministers „Freiheit“ nennen, der über die Gerichte und die Gendarmarie gebietet. . . Man wird mich vielleicht weit zurück finden. Als französischer Bürger bin ich noch nicht daran gewöhnt, ein Gesetz oder einen feierlichen Vertrag (die Konvention) zu verstehen, ohne daß er mir durch eine öffentliche Diskussion zwischen der Regierung und den Repräsentanten des Landes erklärt wurde. Als katholischer Bischof bin ich noch nicht daran gewöhnt, eine Encyclica des Papstes durch ein Concilium von Journalisten interpretirt zu sehen. . .

Wenigere Blätter, wie „Siecle“, „Opinion nation.“, brachten die Nachricht, der Kaiser habe dem Bischof von Bourges zwei prächtige Pferde zum Geschenk gemacht. Der Bischof erklärt heute, daß die geschenkten prächtigen Pferde einfach zwei ausgemusterte Pferde aus dem kaiserl. Marstall seien, die er gekauft habe. — Prodhon starb, ohne seiner Wittve und seinen beiden Töchtern das geringste Vermögen zu hinterlassen. Man denkt daran, eine Subskription für die Hinterlassenen zu eröffnen. — Man ist im Staatsministerium beschäftigt, die Fragen aufzustellen, welche den zu Vernehmenden in der Untersuchung wegen der Kreditinstitute gestellt werden sollen.

Gestern wurden die Erträgnisse der großen Zentralschlachthäuser und Viehmärkte, welche die Stadt Paris mit einem Aufwand von über 50 Millionen zu Lavillette bauen läßt, vergeben. Ein englisches Haus, Lalabot, der Credit-Mob. und eine Gesellschaft, bei welcher der Credit-Foncier und die Société gen. d'approvisionnement theilhaftig sind, traten als Bewerber auf. Letztere Gesellschaft (repräsentirt durch den bekannten Bankier Schnapper) erhielt den Zuschlag. Während die übrigen Konkurrenten für den Zinssatz von 1/2 bis 1 Proz. Kommission verlangten, überläßt die genannte Gesellschaft der Stadt das volle Erträgniß, ja sie zahlt noch 10,000 Fr. per Jahr gegen das Monopol, auf dem Markt selbst ein Bankhaus etabliren zu dürfen. Diese Kombination gilt als eine außerordentlich glückliche. — In seinem Finanzbericht läßt Hr. Fould die von 1866 an den Eisenbahn-Gesellschaften gewährte Garantie mit 32 Millionen figuriren. — Zur Vermeidung jedes Irrthums richteten die Kompanien eine Denkschrift an den Minister, wonach das Minimum dieser Garantie 43 Millionen erreicht.

Die Börse war fest. Rente eröffnete zu 66.95 und schließt 67.05. Cred. Mob. hielt sich auf 956, ital. Anl. zwischen 65.30 und 65.25.

Spanien.

Madrid, 2. Jan. Heute verteidigte der Herzog de la Torre im Senat ein Amendement, dahin gehend, daß es nöthig sei, ein neues Wahlgesetz auszuarbeiten, den Antillen eine Vertretung in den Cortes zuzugestehen, und San Domingo zu behalten.

Der „Pensamiento“ bemerkt, daß bis jetzt in Spanien die Encyclica von den Erzbischöfen und Bischöfen von Toledo, Saragossa, Barcelona, Orença, Vittoria, Zamora, Pampluna und Valladolid veröffentlicht worden ist. Eine angeblich wegen der Encyclica im Kabinet entstandene Spaltung wird von der „Correspondencia“ mit aller Entschiedenheit in Abrede gestellt. Im Ministerium herrsche nur die eine Ansicht, diesem Aktstück gegenüber, die Prärogative der Krone zu wahren und die spanischen Gesetze zum Vollzug zu bringen. Bis jetzt ist im Staatsrath in Betreff der Encyclica noch kein Beschluß gefaßt worden.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Jan. Der Verfassungsentwurf stand auch in heutiger Sitzung des Reichsraths-Landes-thing's auf der Tagesordnung. Das Amendement Orla Lehmann's und Krieger's, betreffend das Fortbestehen jährlicher Reichstage und Finanzperioden, wurde mit 32 gegen 30 Stimmen verworfen, dagegen das für die Einführung zweijähriger Finanzperioden eine vierjährige Uebergangsperiode beantragende Madvig'sche Amendement mit 37 gegen 22 Stimmen, und das zweite Orla Lehmann'sche Amendement, betreffend die Entfernung des Thronfolgers und der königlichen Prinzen aus dem Ministerrath (nicht Geheimen-Staatsrath) mit 39 gegen 20 Stimmen angenommen. Dann kam der die wichtige Frage der Zusammensetzung des Landstings betreffende vierte Abschnitt des Entwurfs zur Verhandlung. Staatsrath Orla sprach für die Herabsetzung des Steuerzensus von 200 auf 150 Thlr. Der Gutsbesitzer Estrup motivirte ein Amendement, dem zufolge das Wahlrecht zum Landsting in Zukunft dem höchstbesteuerten fünften Theile der Gemeindeglieder in den Städten, sowie den ländlichen Wählern zu den Amtsräthen übertragen werden soll. Dies Amendement wurde sofort von Andrae und Orla angegriffen, welche darin eine Unterordnung der schwach bevölkerten Städte unter die verschiedenen Landdistrikte erblickten. Gutsbesitzer Bonne sprach für die Herabsetzung des Steuerzensus von 200 auf 150 Thlr. und für die Nothwendigkeit der Ansfähigkeit der Wahlkandidaten in ihren Wahlbezirken, Pastor Jesby für die Ermäßigung des Steuerzensus von 200 Thlr. auf die Hälfte, Bürgermeister Kinnemann für den Wegfall der Tagesbiäten bei den Abgeordneten aus Kopenhagen und der nächsten Umgebung, und Hardebovogt Thorup für die Befreiung des bisher vom dem Beamtenstande geübten Einflusses auf die Wahlen zum Landsting. Das Kinnemann'sche Amendement wurde von mehreren Abgeordneten unterstützt. Finanzminister David erneuert die frühere Erklärung, daß die Regierung weder in jährliche Reichstage und Finanzperioden, noch in eine Ermäßigung des Einnahme- und des Steuerzensus willigen werde, weil dies dem Wesen des Landstings zuwider sei. — Es verlautet, daß die Führer der beiden Fraktionen der demokratischen „Bauernfreunde“, Redakteur Hansen und Oberst Eschering, der Verfassungsvorlage gegenüber im Reichsraths-Vollsting die schärfste Opposition entwickeln und diese später auch im dänischen Reichsrath fortsetzen wollen. — Im Ministerrath ist aus Gründen der Sparsamkeit der Verkauf fast sämtlicher hölzernen Fahrzeuge der Kriegsmarine, namentlich die Versteigerung zahlreicher Kanonenboote, beschlossen worden.

Kopenhagen, 19. Jan. (Nat.-Btg.) Das Reichsraths-Landes-thing erledigte gestern in einer Abend-sitzung den die Zusammensetzung des künftigen Landstings betreffenden Abschnitt des Verfassungsentwurfs. Finanzminister David erklärte sich wiederholt gegen die verschiedenen Amendements. Ein wirklich konservatives Landsting, welches als Schutz gegen das allzu demokratisch zusammengesetzte Volksting dienen solle, könne nur kraft eines nicht zu niedrig gegriffenen Wahlschulden-Zensus ins Leben gerufen werden. Ein Wahlschuldenzensus mit unmittelbaren Wahlen biete keinerlei Garantie, und überdies seien die Zustände von 1865 grundverschieden von denjenigen von 1849, welche das dänische Staatsgrundgesetz herbeigeführt. Die Regierung könne deshalb weder den Antrag auf Ermäßigung des Einnahmestensus noch den Antrag auf Herabsetzung des Steuerzensus als berechtigt anerkennen, sondern müsse die Anschauung festhalten, daß Männer mit einem Einkommen von 1200 Thalern (die Regierung verlangt 2000 Thlr.) oder mit einer Jahressteuer von 100 oder 150 Thalern (die Regierung beantragt 200 Thlr.) im Allgemeinen nicht unabhängig genug seien, um bei der Bildung einer konservativen ersten Kammer in Betracht gezogen zu werden. Andererseits könne die Regierung aber jedoch auch nicht die von dem Gutsbesitzer Estrup beantragte Beschränkung des Wahlrechts auf etwa 1/3 der höchstbesteuerten Bewohner der einzelnen Wahlbezirke billigen, da dieselbe das Wahlrecht ganz an den großen Grundbesitz knüpfen würde. Endlich sei die Aufnahme der jetzigen 12 vom König ernannten Abgeordneten in das neue Landsting geboten, und zur Widerlegung des Bloug'schen Antrages auf die Ausführung von Korporationswahlen (statt der königlichen Ernennungen) daran zu erinnern, wie zahlreich die höhere Geistlichkeit, die Universität und die Gerichtshöfe schon jetzt aus dem Reichstage vertreten seien. Konferenzrath Madvig befuhrwortete trotzdem die Ermäßigung des Einnahmestensus, da er ein Minimum von 1200 Thalern als hinreichende Garantie für das allerdings nothwendige Zustandekommen eines konservativeren Landstings erachtete. Estrup und Bloug zogen schließlich ihre Amendements zurück. Es folgte die Abstimmung, bei welcher mit 35 gegen 22 Stimmen die Herabsetzung des Einnahmestensus von 2000 auf 1200 Thaler, mit 29 gegen 12 Stimmen der Wegfall der Tagesbiäten für die Ab-

geordneten aus Kopenhagen und der nächsten Umgegend, mit 51 gegen 4 Stimmen die Beibehaltung des Steuerzensus von 200 Thalern, mit 44 gegen 9 Stimmen die Ablehnung des Antrages auf die Nothwendigkeit der Ansfähigkeit des Wahlkandidaten in dem Wahlbezirk, endlich mit 42 gegen 11 Stimmen das Verbleiben der vom König ernannten 12 Abgeordneten im Landsting beschlossenen. Heute ist das Reichsraths-Landsting nicht versammelt, da das Landsting des Reichstages dessen Sitzungsraum benützt.

In der heutigen Sitzung des Reichsraths-Landstings hat der Finanzminister zum 1. April d. J. die Aufhebung aller Transitzölle beantragt. — Der betreffende Reichsraths-Landstings-Ausschuß hat im Einvernehmen mit der Regierung die Berechtigung fremder Schiffe zur Fahrt an den dänischen Küsten beantragt, die schleswig-holsteinischen Fahrzeuge jedoch einweisen ausgeschlossen, da mit der jetzigen Verwaltung der Herzogthümer nicht über Traktate verhandelt werden könne, sondern die Anerkennung der schleswig-holsteinischen Zustände von Seiten der europäischen Großmächte abgewartet werden müsse. Ein Schiffsrederer Kinch aus Altona wird, wie der Finanzminister mittheilt, mit Schiffen von 1000 dänischen Lasten nach Dänemark übersiedeln. — Das hiesige „Komitee zur Unterstützung hilfsbedürftiger Sonderbürger“ wird laut öffentlicher Anzeige den 9. bis 10,000 Thlr. betragenden Rest der gesammelten 31,000 Thlr. unter „loyale Schleswiger“ außerhalb Sonderburgs vertheilen.

Kopenhagen, 20. Jan. (T. D.) Die „Berl. Ztg.“ theilt mit: Die letzte Rate der in der Kriegszeit mit der Privatbank arrangirten schwebenden Schuld wird zurückbezahlt. — Die Regierung legt dem Folkething den Vorschlag vor, den Transitzoll ab 1. April aufzuheben.

Kopenhagen, 21. Jan. Durch ein Rundschreiben des Ministers des Innern werden die Amtmänner benachrichtigt, daß in allen dringenden Sachen, z. B. in Armenverordnungs-Angelegenheiten, zwischen den beiderseitigen Behörden und denen der Herzogthümer wie früher direkt und ohne Vermittlung der Ministerien forspendirt werden könne.

Nach der „Berl. Ztg.“ wird Kammerherr Quaa de durch königl. Resolution beordert, seinen Gesandtschaftsposten in Berlin wieder anzutreten.

Kopenhagen, 22. Jan. (W. L. B.) „Berl. Ztg.“ meldet die Rückzahlung der letzten Rate der während des Krieges kontrahirten schwebenden Staatsschuld und bemerkt: Die Rückzahlung wurde ermöglicht durch eine mit dem Londoner Bankhaus Raphael Söhne abgeschlossene neue fünfprozentige Anleihe.

Kopenhagen, 22. Jan. (W. L. B.) „Berl. Ztg.“ gibt folgende Berichtigung: „Die Regierung ist wohl auf baldmöglichste Wiederanbahnung der diplomatischen Beziehungen mit dem preussischen Kabinett bedacht, hat aber über den Zeitpunkt derselben noch nicht endgiltig bestimmt; es ist also unrichtig, daß Hr. Quaae bereits beordert sei, nach Berlin abzureisen.“

Großbritannien.

London, 21. Jan. Die Engländer hatten in der letzten Zeit eine so übertrieben geringschätzende Meinung von dem Charakter der preussischen Liberalen, daß jetzt, beim ersten Lebenszeichen, das sie im Abgeordnetenhaus von sich geben, nicht wenig ein plötzlicher Umschlag eintritt. Namentlich ist dies der Fall bei jenen Organen, die am lautesten und häufigsten erklärt hatten, daß die deutschen und gar die preussischen Liberalen auf immer und ewig aller Sympathie, Achtung und Beachtung unwürdig geworden seien. Für morgen oder übermorgen kann Niemand bürgen, aber heute wird von ihnen in „Times“ und „Post“ mit einem merkwürdigen Respekt gesprochen.

Erst eine Woche ist es — sagt die „Times“, daß die preussischen Kammer mit einer zweifelhafte und beinahe frohlockenden Thronrede eröffnet wurden, und schon ist der durch die Aufregung des schleswig-holsteinischen Feldzugs unterbrochene Verfassungskampf wieder im Gange. Die preussischen Liberalen wollen zeigen, daß sie durch den Kriegszustand nicht blenden lassen. Die in den ersten Sitzungen gehaltenen heftigen Reden und die der Presse von einem halbamtlichen Organ ertheilte Verwarnung sind Zeichen, die auf politischen Sturm deuten. Und doch begann die Regierung die Session in sehr guter Laune. Sie trat so angenehm und versöhnlich auf, wie Leute gewöhnlich thun, wenn sie Alles, was sie wollen, erreicht zu haben glauben. — Aber der Instinkt verfassungsmäßiger Opposition, der sich einmal in diesen Preußen entwickelt hat, ist nicht so leicht zu erlösen. Sie sind der Regierung dankbar für in Schleswig-Holstein bewährten Patriotismus, aber nicht so weit, um deshalb ihre Freiheiten opfern zu wollen; sie sind stolz auf die Armee, allein aus diesem Grunde um so mehr entschlossen, daß sie vom Volke, welches sie erhält, auch kontrollirt werde. Der Führer in diesem erneuten Oppositionskampfe, Hr. Grabow, hielt nach seiner Ernennung zum Präsidenten eine Antrittsrede, die für den Anlaß fast zu leidenschaftlich und bitter scheint. — Doch wurde seine starke Sprache vom Hause mit Beifall aufgenommen. — Es war eine starke Sprache, wenn man bedenkt, daß sie nicht von einem Parteiführer, sondern vom Präsidenten der Kammer, von dem Organ der Vermittlung zwischen ihr und der Regierung kam. Als eine Erwiderung auf die Thronrede, als eine Erklärung, daß die Kammer sich nicht schrecken oder beschwächen lasse, war sie von beispielloser Kraft und Kühnheit, und die Bewunderung, die sie in der Kammer fand, erhöht ihre Bedeutung. — Diese Kammer wird nicht flüchtiger sein als die vorige. Obwohl die Kammer nicht an sich stark genug oder vom Lande nicht hinreichend unterstützt sein mag, um einer so mächtigen Organisation wie die Regierung ist, die Spitze bieten zu können, so bedarf es doch keiner Beweisführung, um zu zeigen, daß die Regierung in Europa wie in Deutschland weit stärker dastünde, wenn sie den Beistand einer großen volkswertretenden Versammlung hätte. Wenn die Regierung wirklich den Wunsch hat, Preußen zu territorialer Größe und nationaler Kraft zu erheben, so sollte es ihre erste Sorge sein, sich eine Volksvertretung zu gewinnen, die so viel Gemeinsinn, politisches Talent und moralischen Einfluß hat, wie diejenige, die in Berlin tagt.

„Morn. Post“ sagt:

Das preussische Haus der Gemeinen hat die neue Session in einer Weise begonnen, die seiner Antecedenten würdig ist. — Die preussischen

Abgeordneten sind augenscheinlich nicht gesonnen, die Vergrößerung des Staates (falls die Regierung derselben überhaupt sicher sein kann) als einen Ersatz für die Verletzung der Volksrechte anzunehmen. — Es ist jetzt klar, daß sich das preussische Volk nicht bange machen läßt. Von der Thronrede war es schwer zu sagen, ob sie mehr Drohung oder Versöhnlichkeit enthielt. — Und das war sehr unpolitisch, denn die Regierung bedarf dringend aller nur zu erlangenden Volkunterstützung, um in der Herzogthümerfrage gegen die Opposition Oesterreichs und der kleineren deutschen Staaten vom Fleck zu kommen. — Die Antrittsrede des zum Präsidenten erwählten Hrn. Grabow war, wie man anerkennen wird, eine edle Vertheidigung der Volksrechte u. s. w.

Unter Auflage der Verletzung der Foreign-Enlistment-Act stand der Kapitän der peruanischen Schraubentorvette „Union“, Miguel Grao, gestern vor dem Polizeigericht von Dartford. Es erhob sich eine Diskussion über die Klage: ob die spanische Regierung oder mit Spanien in Verbindung stehende Kaufleute oder eine Privatperson die Verfolgung eingeleitet habe, und es stellte sich heraus, daß ein Hr. Crapes den Verhaftungsbefehl hatte erwirken lassen, in dessen Interesse, weigerte sich der Anwalt der Klageerschaft zu sagen. Des Angeklagten Vertheidiger erklärte, die peruanische Regierung identifizire sich mit dem Kapitän, der gefesselt verhaftet worden sei. Die Sache sei von großer internationaler Bedeutung, und wenn das Schiff im Kanal aufgehalten werde, so werde eine schwere Verantwortlichkeit für die betreffenden Parteien daraus erwachsen. Der peruanische Konsul wohnte den Verhandlungen bei und diente dem Angeklagten als Dolmetsch. Das Zeugverhör schien dem Polizeigericht jedoch keine genügende Begründung der Klage zu liefern; und das Ende war, daß der Kapitän in Freiheit gesetzt wurde. Die „Union“ ankert gegenwärtig in Plymouth; eine andere peruanische Schraubentorvette, die „America“, Kapitän J. Pardo de Zela, ist von Nantes in denselben Hafen eingelaufen, um einen Theil der an Bord der „Union“ befindlichen Leute zu übernehmen. Es melden sich noch immer mehr Seeleute, die sich anwerben lassen wollen.

Amerika.

Neu-York, 6. Jan. Der Monitor-Korrespondent gibt in seinem neuesten Schreiben einen Ueberblick über die Gesamtheit der letzten militärischen Operationen. Er hebt namentlich das Eigenthümliche in der gegenwärtigen Kriegführung hervor, daß beide Hauptarmeen nichts seien, als zwei gewaltige Reserven, aus denen die betreffenden Führer, je nach den Bedürfnissen oder den Plänen des Augenblicks, ihre Streitkräfte herausziehen. Die Armeen am James-Fluß selbst seien, die des Nordens durch den wirksamen Schutz der Kanonenboote, die des Südens durch die gewaltigen Befestigungswerke von Petersburg und Richmond, ausgezeichnet zur Defensiv, dagegen sehr wenig zur Offensiv geeignet. Der Norden habe für seine Expeditionen die Flotte, der Süden die Eisenbahnen zur Verfügung. Der famose Dutch-Gap-Kanal Butler's, der, gleich einem trojanischen Pferd, mit Umgehung aller natürlichen und künstlichen Hindernisse, Truppen und Schiffe direkt nach Richmond habe hineinführen sollen, sei nicht geglückt. Man habe das Niveau falsch berechnet, das Wasser sei nicht in denselben eingetreten, außerdem sei er durch Einsturz theilweise verschüttet worden.

Der Subgeneral Hood, dessen Uebergang über den Tennessee sich bestätigt, hat den Weg nach Tuscaloosa in Alabama eingeschlagen. Höchst wahrscheinlich wird ihn General Thomas über diesen Strom weiter verfolgen. — In Georgien hat Sherman seit der Besitzergreifung von Savannah nichts Neues von Belang unternommen. Er beschäftigt sich mit Ordnung der Angelegenheiten in Savannah und verfährt dabei mit solcher Klugheit und Mäßigung, daß man sich den besten Erfolg verpricht. Dnebin ging Savannah nie so weit wie Charleston im Haß gegen den Norden, und es würde sich, nachdem es durch die Blockade so unsäglich gelitten, durch Befreiung seines Hafens zu einem Wiederaufschwung an die Union nicht unschwer bestimmen lassen.

Ein Angriff der Unionisten gegen Halifax, in der Nähe von Weldon, auf der Eisenbahn-Linie von Petersburg nach Wilmington, soll mit bedeutendem Verlust abgeschlagen worden sein, doch der Wichtigkeit des Punktes wegen erneuert werden. Man wird von da aus Wilmington von der Armee Lee's abschneiden und von der Landseite angreifen können. Ueberhaupt sieht man wichtigen Operationen des Nordens auf der ganzen Küstenstrecke von Norfolk bis Savannah entgegen. Am den Angriff zu kombiniren, soll Staunton jetzt seine Rundreise nach den Hauptquartieren von Grant, Butler, Foster und Sherman angetreten haben. Auf der andern Seite soll Lee mit dem Gedanken einer kräftigen Initiative umgehen, um eine Konzentration der feindlichen Streitkräfte zu verhindern, die ihn ohne Zweifel zur Räumung Richmonds veranlassen müßte. — Die Südblätter sprechen einestheils von einer Militärdiktatur Lee's, andertheils von einer Massenbewaffnung der Schwarzen, als den letzten Rettungsmitteln des Südbundes.

Neu-York, 7. Jan. Der Senat zu Washington hat eine Resolution angenommen, welcher zufolge die Frage zu erörtern sein würde, ob es nicht zweckmäßig wäre, die in Savannah erbeutete Baumwolle zu verkaufen und den Ertrag unter die Truppen Sherman's zu vertheilen. Der Finanzminister Fessenden ist vom Staate Maine für die Senatorenwürde ausersehen; das Portfeuille der Finanzen wird daher vielleicht demnächst erledigt sein. Im Lauf des Monats Dezember wurden Goldbonds im Betrage von 74 Mill. Doll. verkauft. Der Sub-General Hood hat 1500 dem Unionsheere angehörige Gefangene mit sich über den Tennessee-Fluß genommen. Der „Richmond Examiner“ fürchtet, daß in seinem Heere Mangel an Nahrungsmitteln herrsche. Zwischen dem 18. und 28. Dez. haben in Tennessee keine Geschehnisse stattgefunden. Die Frage, ob die kanadischen Behörden berechtigt seien, über die von Kanada aus in den Unionsstaat Vermont eingefallenen Konföderirten zu Gericht zu sitzen, ist von den kanadischen Gerichtshöfen bejaht worden.

Neu-York, 11. Jan. (Per „Australasian“.) General

Butler ist seines Kommando's entzogen worden und hat Befehl erhalten, von Lowell in Massachusetts aus brieflich dem Kriegsministerium Meldung zu machen. An seine Stelle tritt vorderhand General Ord. Die Angriffspläne gegen Wilmington sollen unverzüglich wieder aufgenommen werden, und um gleichzeitig mit dem von Anfang an beschlossenen kombinierten Land- und Seangriff gegen Fort Fisher die Stadt im Rücken zu bedrängen, wird General Terry mit einem Theil der Armee vom James-Fluß über Neu-Bern zu Lande gegen Wilmington vordringen. — General Thomas steht mit 40,000 Mann auf der Südseite des Tennessee in Eastport, Mississippi, und bereitet sich, wie man glaubt, auf einen Marsch durch den genannten Staat und Alabama vor, mit der Absicht, Mobile zu nehmen. Der südstaatliche General Lygon zieht sich (nachdem er bei W. Minville eine Kompagnie nordstaatlicher Kavallerie gefangen genommen und die Eisenbahn unterhalb Tullahoma durchschnitten) durch Tennessee zurück, um zu Hood oder Forrest zu stoßen. — Aus Springfield (Missouri) meldet man, auf Befehl des Generals Canby hätten die Besatzungen sich aus allen südlich von Springfield bis zu Fort Smith in Arkansas gelegenen Posten zurückgezogen. — In der Stadt im Territorium Colorado ist von einem Ueberfall der Indianer heimgekehrt worden. — Eine Depeche aus Washington spricht von einem Gerücht, daß Lee zum Oberbefehlshaber aller südstaatlichen Armeen ernannt worden sei und sofort beschloßen habe, Beauregard die Vertheidigung Richmonds zu überlassen, um selbst die südstaatlichen Truppen in Süd-Carolina zu sammeln und Sherman's Marsch nach Norden zu vereiteln. Lee sehe die Operationen Sherman's für viel wichtiger an, als Alles, was Grant in den ersten vier Monaten nur irgend ausführen könne. — Die Angabe, daß Hr. Blair mit einer Friedensmission nach Richmond gegangen sei oder gehe, wiederholt sich, wird aber halbamtlich widerlegt. — Hr. Fessenden hat dem Finanzkomitee ein Gesuch um Erlaubnis zur Emittirung von 200 Mill. Doll. in 7 bis 30 Bonds vorgelegt. — Der Senat hat ein Gesetz angenommen, dem zufolge die Weiber und Kinder farbiger Soldaten per se frei sind. — Die Konvention von Missouri hat beschloßen, die Konstitution des Staates wieder herzustellen. — Die Patvorschriften werden an der kanadischen Grenze streng durchgeführt; es erheben sich viele Klagen dagegen.

Vermischte Nachrichten.

Offenbach, 20. Jan. Unter vorliegendem Datum ist dem „Frankf. Journ.“ folgendes Schreiben zugegangen, um es auf den Wunsch der Angehörigen zum Abdruck zu bringen: „In dem Befinden Karl Gustow's ist leider noch nicht die gewünschte Besserung eingetreten. Heute wurde er von Frieberg mittelst eines besondern Wagens nach Offenbach gebracht in das Haus seines Schwagers, eines bewährten Arztes. Wenn auch in Frieberg Gustow's Wunden sich zu schließen begannen, so erfordert sein geistiger Zustand doch die beständige Beobachtung und liebevolle Sorgfalt ihm näher stehender Personen. Sein Muth und seine Lebenshoffnung sind so deprimirt, daß seine nächsten Freunde, die von allen Seiten herbeigeeilt kamen, ihn kaum wieder zu erkennen vermochten. Sein angeborenes Mißtrauen steigerte sich in den letzten Monaten auf eine sehr traurige Weise, so daß er während seiner letzten ziellosen Reise in den Getränken und Speisen der Gastwirthe Gift vermutete. Hoffen wir, daß nach der letzten schrecklichen Katastrophe ein etwas milderer und friedlicherer Geist für die Dauer seines weiten Lebens in ihm einziehen möge! Hoffen wir, daß er endlich neben seinen Feinden auch seiner Freunde mehr als bisher gedanken möge!“

Grenoble, (Prozess Roux-Armand.) Am 18. Jan. sind die Debatten des Zivilprozesses eröffnet worden, welche dem vorjährigen erschütternden Drama von Aix als Nachspiel folgen sollen. Man erinnert sich, daß der Assisenhof von Aix dem durch den Wahrspruch der Jury als Betrüger und Komödianten erklärten Moritz Roux wegen eines ihm von Armand aus Unschuldigkeit ertheilten Streichs die artige Summe von 20,000 Fr. als Entschädigung zugesprochen, der Kassationshof von Paris aber dieses Urtheil, als mit dem Verdikt im Widerspruch stehend, für nichtig erklärt und die Parteien nach Grenoble verwiesen hatte. Zwischen Aix Roux, der „parfümirte Kutischer“, wie ihn Hr. Lagaud nannte, mit seiner Forderung ausgeschlagen, wie die Verkäuferin der sibyllischen Bücher: 20,000 Fr. für den problematischen Schlag sind ihm nicht genug, er verlangt deren 50,000. Sein Advokat ist der Baronnet des Barreaux von Grenoble und ihm von Amts wegen beigegeben. Am 19. wird Jules Favre, das Wort nehmen. (R. Fr. 3.)

Grenoble, 21. Jan. In dem Prozess Armand-Roux hat die Staatsbehörde eine Entschädigung für Roux beantragt, deren Betrag von der Weisheit des Gerichts festgesetzt werden soll. Das Urtheil ist auf 8 Tage verschoben worden.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

21. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 7.60	00	S.W.	ganzt w.	trüb, Frost
Mittags 2 „	6.50	+ 10	„	„	„ Schne
Nachts 9 „	6.00	- 15	„	„	„
22. Jan.					
Morgens 7 Uhr	27° 5.00	+ 12	S.W.	ganzt bew.	trüb, Nebelregen
Mittags 2 „	5.40	+ 3.5	„	„	„ Regen
Nachts 9 „	5.73	+ 4.5	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 24. Jan. 1. Quartal. 13. Abonnementsvorstellung. **Die Braut von Messina;** Trauerspiel in 3 Akten, von Schiller. „Don Cesar“ — Hr. Größler vom Stadttheater in Köln, als erste Gastrolle.

Theater in Baden.

Mittwoch 25. Jan. **Fidelio;** Oper in 2 Akten, von Beethoven.

3.8.459. Karlsruhe. Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der großh. Amortisationskassen-Direktor Maximilian Harrer, in seinem 55. Lebensjahre gestern früh unerwartet schnell an einem Herzschlag verschied. Karlsruhe, den 23. Januar 1865. Die Hinterbliebenen.

3.8.447. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Mit dem 1. kommenden Monats werden an Stelle der bestehenden Postlinie zwischen Meßkirch und Meersburg und zwischen Pfullendorf und Ueberlingen nachfolgende Personen-Postverbindungen ins Leben treten:

- 1) eine tägliche Personenpost zwischen Meßkirch und Pfullendorf einerseits und Ueberlingen andererseits, mit Anschluß in letzterer Stadt an das erste Dampfboot nach und das letzte von Konstanz;
- 2) eine tägliche Personenpost zwischen Meßkirch und Pfullendorf, mit Abgang aus Meßkirch Morgens und Rückkunft dahin Abends, zum Anschlusse in Pfullendorf an die Personenposten nach und von Antendorf;
- 3) eine tägliche Personenpost zwischen Pfullendorf, Heiligenberg, Salem und Meersburg zum Anschlusse in letzterer Stadt an das letzte Dampfboot nach und das erste von Konstanz;
- 4) eine tägliche Personenpost zwischen Heiligenberg, Salem und Meersburg, zum Anschlusse in letzterer Stadt an das erste Dampfboot nach und das letzte von Konstanz.

Karlsruhe, den 20. Januar 1865.
Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
S i m m e r. Lorenz.

3.8.139. Durch J. Scheible in Stuttgart, sowie durch alle Buchhandlungen Badens kann bezogen werden:

Der sparsame Haushalt

nach den Bedürfnissen unserer Tage. Ein Universalkochrezept für Alle, welchen wohlfeile Führung des Hauswesens angelegen sein muß, handelnd hauptsächlich vom Waschen, Geben der Kleider, Reinigung und Konservierung der Gegenstände, Einmachemethoden, Kaffee, Thee, Schokolade, Milch und andere Getränke, Hausapotheke und Schönheitsmittel, Essige, Sosenzen, Kräuter- und Fruchtessige, Liqueure, Weine, Parfüme, Labale, Oele, Speisen für Gesunde und Kranke, Vertilgung des Ungeziefers in Haus und Feld, Anbau der Rutz-, Kust- und Arzneipflanzen, Farben, Tinten, Ritz-, Seifen, Lade, nützliche Behandlung der Viltualien, wichtige Anweisungen für Landwirthe und Enthüllung geheimgehaltener Vorschriften mancher Art. Zugleich ein Magazin für spekulative Geschäftsleute, welche billige Fabrikation geachteter Handelsartikel und Lebensbedürfnisse erlernen wollen. Nach eigener praktischer Erfahrung und mit Zurückziehung häuslicher Familien-vorfälle herausgegeben von Fr. W. Cardt, Apotheker. 2 Bände. Preis 1 fl. 45 kr.

Die Schule der Kochkunst,

oder die feine und bescheidene Küche nach ihrem ganzen Umfange in Bezug auf Gemüse, Fleisch, süße Speisen, Backwerk u. s. w. Mit neuen praktischen Mittheilungen über den besten Einkauf und Aufbewahrung der Nahrungsmittel, erprobteste Beschaffenheit der Kochgeräthe zc. Für Feinschmecker sowohl, als auch ein für die schwächliche Küche eingerichteter Schatz des parisiens Hausballes. Von J. B. Veit, Mundkoch des Fürsten zu Fürstenberg. Drei Theile in einem Bande. 600 Seiten. Mit Abbild. Preis 36 kr.

Announce.

3.8.463. Zum Commissions-Verkauf in allen Städten Badens werden reelle Kaufleute gesucht, die gegen angemessene Provision das „amerikanische doppel-präparirte Perl-Mehl“ (in 1-Pfd.-Paketen), welches von den ersten Ärzten Frankreichs und Englands als ein unbedingt heilsam wirkendes Nahrungsmittel allen krankehenden Personen, Unterleibs- und Lungenkranken, stillenden Müttern und schwächlichen Kindern beinahe empfohlen wird, auf Lager zu nehmen Willens sind. Frankreiche Anträge mit der Adresse: „S. S. Nr. 101“ befördert die Expedition dieser Ztg.

3.8.443. Karlsruhe.

Kirchenkerzen, Wachlichter und Wachstöcke, gemalte, weiße, gelbe und farbige in allen Größen und von bester Qualität, verkauft **en gros & en detail** **Conradin Haagel,** großh. Hoflieferant.

Heilhaber-Gesuch 3.8.461. Karlsruhe. Zur Herausgabe eines täglich erscheinenden Blattes im Großherzogthum Baden wird ein stiller Heilhaber gesucht, der ein Kapital von 10,000 fl. einlegen kann. Näheres beim Inspecionscontrollor von F. Schumann in Karlsruhe.

Commis-Gesuch.

3.8.362. Für einen gewandten Verkäufer und mit dem Comptoir-Arbeiten vertrauten jungen Mann ist in einem Speereis- und Kurzwaaren-Geschäft eine Stelle offen. Eintritt sogleich. Frankreiche Offerten befördert die Expedition dieses Blattes.

Rehrings-Gesuch.

3.8.368. Für ein Speereis-, Del- und Rohabak-Geschäft, sowie Tabakfabrik in Baden wird ein Rehring mit den nöthigen Vorkenntnissen gesucht. Anerbietungen werden unter Chiffre T G H Nr. 76 von der Expedition dieses Blattes entgegengenommen, worauf nähere Auskunft ertheilt wird.

3.8.456. Alle Buchhandlungen, Kunsthandlungen und Postämter nehmen Bestellungen an auf die bei **J. Engelhorn** in Stuttgart erscheinende:

Gewerbehalle, 1865. 15,000 Auflage! **Jährlich 12 Lieferungen à 24 fr. südd.** Auf die Jahrgänge 1863 und 1864 werden fortwährend Bestellungen zum Subscriptionspreise angenommen.

Reiche Sammlung von Ornamenten und Abbildungen von Gegenständen aus allen Zweigen der Kunstindustrie mit ausführlichen Detailzeichnungen in natürlicher Größe und Anweisungen für die Praxis.

Haarmann-Denkmal in Holzminden.

Für das Großherzogthum Baden nehmen Beiträge für genanntes Denkmal in Empfang: Die Herren: **Steinel,** Zimmermeister aus Mannheim, **Wagner,** Werkmeister in Forzheim, **Rech (Junior),** Zimmermeister in Karlsruhe, **Müller (Junior),** Zimmermeister in Rehl, **Hegner (Junior),** Zimmermeister in Freiburg, **Reck,** Baumeister in Konstanz.

Das Resultat der Sammlung wird seiner Zeit in diesem Blatte veröffentlicht werden.

3.8.400. J. Werner, Zimmermeister in Baden.

3.8.133. Nr. 6. Gengenbach. Einzigthal-Bahn.

Arbeitsvergebung für Herstellung der Hochbauten.

Mit hoher Ermächtigung sollen die Arbeiten für Herstellung sämtlicher unten bezeichneten Hochbauten der Strecke Offenbach-Hausach im Sommerfrühjahr vergeben werden.

Abtheilung I.	Offenbach-Schwaibach enthält:	32,828 fl. 06 fr.	8,958 fl. 55 fr.	53,095 fl. 50 fr.	74,883 fl. -- fr.
1)	10 Bahnwartstationen				
2)	Haltstelle Ortenberg mit Oekonomiegebäude				
3)	Station Gengenbach mit Aufnahmegebäude, 2 Nebenbauten, Güterschoppen, Verladeplatz und Abtrittsanlagen				
Abtheilung II.	Schönberg-Söden enthält:	24,399 fl. 04 fr.	5,796 fl. 17 fr.	30,994 fl. 52 fr.	61,190 fl. 13 fr.
1)	8 Bahnwartstationen				
2)	Haltstelle Schönberg mit Oekonomiegebäude				
3)	Station Eberach mit Aufnahmegebäude, Güterschoppen, Verladeplatz und Abtritte				
Abtheilung III.	Steinach-Haslacher Wald enthält:	15,485 fl. 17 fr.	9,689 fl. 49 fr.	42,089 fl. 33 fr.	67,264 fl. 39 fr.
1)	5 Bahnwartstationen				
2)	Haltstelle Steinach mit Oekonomiegebäude				
3)	Station Haslach mit Aufnahmegebäude, Nebengebäude, Güterschoppen, Verladeplatz und Abtritte				
Abtheilung IV.	Eulzbach-Hausach enthält:	13,527 fl. 01 fr.	10,290 fl. 22 fr.	10,755 fl. 52 fr.	5,949 fl. 30 fr.
1)	4 Bahnwartstationen				
2)	Station Hausach mit Aufnahmegebäude, provisorisch				
3)	Güterschoppen mit Verladeplatz, definitiv				
4)	Lokomotivremise, provisorisch				
5)	Wohnwagenremise				
6)	Wohnwagenremise				
7)	Abtritte				
					47,904 fl. 38 fr.
Gesammtbetrag		271,242 fl. 30 fr.			

Es wird hierbei bemerkt, daß sämtliche, in einer Abtheilung vorkommende Bauarbeiten nur an einen Uebernehmer vergeben werden, daß es jedoch den Sommerfrühjahr freisteh, auch auf mehrere oder selbst auf sämtliche 4 Abtheilungen ihre Angebote zu stellen und dieselben in Prozenten des Voranschlags ausgedrückt, mit der Aufschrift: „Angebote für die Hochbauten der Einzigthal-Bahn“ versehen, längstens bis Samstag den 4. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen.

Die Kaution, welche der Uebernehmer zu stellen hat, beträgt 5 Proz. der Uebertragssumme. Pläne, Voranschläge und Bedingungen liegen von heute an bis zum Eröffnungstag auf dem Geschäftszimmer unterzeichneten Stelle zur Einsicht offen. Gengenbach, den 6. Januar 1865. Großh. bad. Eisenbahnbau-Inspection. Hochbau-Sektion.

Der Inspectionsvorstand: Der Architekt: Staib. Rad.

3.8.370. Heidelberg. Köchin-Gesuch.

Es wird eine perfekte Köchin in ein Privat-Hotel in Heidelberg gesucht. Gutes Honorar wird zugesichert. Eintritt würde bald verlangt. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

3.8.394. Puzarbeiterin-Gesuch.

Es wird eine erste Arbeiterin, welche einem Putzgeschäft in allen Theilen vorstehen kann, in eine größere Stadt Württembergs gegen gutes Salair und Behandlung gesucht, und sollte der Eintritt bis Anfang oder Mitte Februar geschehen. Gef. Offerten nimmt entgegen die Expedition dieses Blattes.

3.8.460. Karlsruhe. Offene Stelle.

Ein Referendar oder Rechtspraktikant kann sogleich bei mir eintreten. Karlsruhe, den 23. Januar 1865. Rechtsanwalt Straus.

3.8.419. Karlsruhe. Anzeige.

Ganze Bibliotheken, sowie einzelne gute Werke kaufe ich stets zu annehmbaren Preisen. Buchhändler und Antiquar.

3.8.366. Frankfurt a. M. Bayerisches Bier.

Eine der renomirtesten bayerischen Brauereien liefert für dieses Jahr bereits das doppelte Quantum Bier, wie bisher, und sucht daher noch einige solide Abnehmer, denen außerst günstige Preise und Bedingungen gemacht werden, so daß ein vollkommen gesichertes Geschäft mit aller Bestimmtheit in Aussicht gestellt werden kann, und dies um so mehr, als der Stoff stetsfort ein immer gleich guter ist. Die betreffenden Abnehmer werden in Stand gesetzt, ein als vorzüglich allseitig anerkanntes bayerisches Bier zu billigem Preise zu verkaufen. Ein möglichst großer Konsum wird sehr gewünscht und bevorzugt. Franco-Offerten beliebe man unter Chiffre S. Nr. 12 poste restante Frankfurt a. Main zu adressiren.

3.8.969. Düsseldorf. Electro-magnetische Gesundheits- und Kraftwecker.

Dieser von mir erfundene, in mehr Ländern patentirte Apparat hat sich laut vielen Zeugnissen und Denkschriften als souveränes Mittel gegen Nervenleiden, Licht, Rheumatismus, Rücken- und Seitenleiden, Zittern, Krämpfe, Ohnmacht, Schwindel, beteliche Ermüdung, Epilepsie, Asthma, Harthörigkeit, Hüftweh, Migräne, Kopfschmerz, Zahnweh, Herzleiden, Ohrenschmerzen, Augenentzündung, Blasenleiden, Hautkrankheiten, Schwächezustände, Impotenz u. s. w. herausgestellt, und dient als bestes Abwehnmittel bei Konvulsionen und Entzündungszuständen. Der Apparat leistet auch als Präservativ bei ansteckenden und epidemischen Krankheiten wesentliche Dienste. Dabei hat das Instrumenten den Vorzug, daß es bequem von Patienten ohne fremde Hilfe an jeden Körpertheil applicirt werden kann, keine Wirkungen augenblicklich erfolgen, und sich durch die angenehme Erleichterung und Befreiung von Schmerz kundgeben. In seiner Familie dürfte das Instrumenten den besten. Dabei kann die Wirkung beliebig ermäßigt und verstärkt werden. Preis 6 Thlr. pro Instrument und Gebrauchsanweisung. Frankreich. Prof. J. Romma, Naturforscher in Düsseldorf.

3.8.316. Karlsruhe. Commissionsbegebung

für **Maurer- und Steinhauerarbeit.** Die zur Herstellung der Gebäude, bei Errichtung eines Wasserwerks, erforderlichen Maurer- und Steinhauerarbeiten werden auf Einzelpreise in Afford gegeben. Die dazu lusttragenden Uebernehmer werden eingeladen, die Pläne, Berechnung und Bedingungen bei dieser Stelle einzusehen, ihre Angebote aber, um welche sie die betreffenden Arbeiten übernehmen wollen, spätestens bis zum **Mittwoch den 25. d. M., Nachmittags 3 Uhr,** schriftlich und versiegelt einzureichen, und der Commissionsverhandlung um genannte Stunde anzuwohnen. Karlsruhe, den 16. Januar 1865. Großh. Hofbauamt. Dyckerhoff.

3.8.451. Nr. 113. Waiblingen. Holzversteigerung.

Montag den 6. Febr. L. J., Morgens

9 Uhr beginnend, werden aus hiesigem Gemeindegeld, Distrikt „Birkig“, 115 Stämme Eichen, die sich zu Eisenbahnschwellen, Bau- und Nutzholz eignen, sodann 11 Erlen, 7 Kirschbäume, 1 Forle, 2 Aspen und 1 Abornitamm versteigert. Die Zusammenkunft hat auf der Hiesbühle statt. Waiblingen, den 21. Januar 1865. Bürgermeisterei. Waiblingen.

3.8.457. Nr. 65. Waiblingen. (Holzversteigerung.) Aus Domänenwaldungen versteigern wir mit halbjähriger Vorfrist Montag den 30. Januar 1865, Vormittags 10 Uhr, im Gasthaus zum Bären in Untermonswald aus dem Distrikt Kandelwald: 7 lamene Eichtämme, 11 fichtene Gerüststangen, 2900 fichtene Hopfenstangen in 2 Klassen, 4780 fichtene Baumstämme und 5000 fichtene Rebheden; Dienstag den 31. Januar 1865, Vormittags 9 Uhr, im Gasthaus zum Löwen (Post) in Waiblingen aus dem Distrikt Engewald: 2 1/2 Klafter lammene Brennholz, 4075 weisstammene Hopfenstangen in 2 Klassen, 1150 weisstammene Baumstämme und 275 weisstammene Rebheden, sowie 1 Loos Schlagraum;

aus dem Distrikt Kandelwald: 9 1/2 Klafter sortenes Brennholz, 30 sortene Gerüststangen, 75 sortene Hopfenstangen und 340 sortene Rebheden. Domänenwaldhüter Strach in Untermonswald wird das Holz im Kandelwald, Domänenwaldhüter Blattmann in Waiblingen jenes im Engewald und Kandelwald den Kaufstehhabern auf Verlangen vorzeigen. Waiblingen, den 21. Januar 1865. Großh. bad. Bezirksforst. Krutina.

3.8.453. Nr. 45. Berghausen. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwald Waiblingen, Abth. 2, Kapellenschlag bei Waiblingen, werden bis Mittwoch den 1. Februar d. J. versteigert: 1 Eichen-Nutzholzhämmchen; ferner an Buchenholz: 13 Nutzholzhämmchen, 50 Waagnerstangen, 1/2 Kftr. Nutzholz, 103 Kftr. Scheiter, 34 Kftr. Kist. 4050 buchene Balken und 3 Loos Schlagraum. Zusammenkunft ist Morgens um 9 Uhr bei der Hütte an der D. J. Straße. Berghausen, am 22. Januar 1865. Großh. bad. Bezirksforst. G a m e r.

3.8.455. Nr. 47. Bretten. (Stammholz-Versteigerung.) Am Freitag den 27. d. M. werden im Domänenwald Distrikt III. Herrenwald, Schlag Nr. 17 geseit, auf Gochsheimer Gemarkung 12 Stämme Eichen, zu Holländer-, Bau- und Nutzholz tauglich, sowie eine Nutzholzbuche versteigert. Die Zusammenkunft findet früh 9 Uhr auf besagter Hiesbühle (Schlag 17) statt. Bretten, am 21. Januar 1865. Großh. bad. Bezirksforst. S c h m i t t.

3.8.719. Nr. 1245. Forzheim. (Diebstahl und Fahndung.) In der Nacht vom 26. auf den 27. December 1864 wurde dem Gregor Morlok von Hohenwerth im Gasthause zum Rößle alda, wo er ihn in ein Wohnzimmer gelegt hatte, ein Leberred entwendet. Der entwendete Rod ist von dunkelbraunem Tuch, hat 2 Neben Knöpfe auf beiden Seiten Knopflöcher, Schloßfutter von Orleans, Leibfutter von Canoeas, gelbes Kermelfutter, unter dem Kermel Sperrit von etwa 1 Zoll Breite und 2 Zoll Länge, jeder Kermel ist etwa 1 1/2 Zoll lang vorne angelegt und gestreift, der Rod ist mit Seidenbändern eingefaßt, und hat einen Werth von 9 fl.

Wir bitten um Fahndung auf den entwendeten Rod und den unbekanntes Dieb. Forzheim, den 18. Januar 1865. Großh. bad. Amtsgericht. S c h e m b e r.

3.8.699. Nr. 634. Lahr. (Aufforderung.) Bei der am 7. v. M. hier stattgehabten Aushebung sind folgende Konstitutionspflichtige unentschuldig abgesehen: 1) Wilhelm Heinrich W r n e r von Lahr, Loos-Nr. 4; 2) Andreas Walter von Ottenheim, Loos-Nr. 7; 3) Johann Siebert von Oberhopsheim, Loos-Nr. 22; 4) Otto Julius Roth von Lahr, Loos-Nr. 124; 5) Karl Aug. S a n t h e r von Dinglingen, Loos-Nr. 151; 6) Leopold J ö g l e r von Oberhopsheim, Loos-Nr. 169; 7) Johann Michael J s e l i n von Altmannsdorfer, Loos-Nr. 192; 8) Jakob R o l l von Hügensweiler, Loos-Nr. 118. Dieselben werden hiermit aufgefordert, sich binnen 6 Wochen

dafür zu stellen, widrigenfalls sie als Rekrutäre angesehen und Jeder, vorbehaltlich persönlicher Bestrafung, in eine Wehrpflicht von 800 fl. verfaßt würde. Zugleich wird auch ihr Vermögen mit Beschlag belegt, um ihren etwaigen Schulden aufzugeben, bei Vermeidung doppelter Zahlung nichts an sie zu bezahlen. Lahr, den 12. Januar 1865. Großh. bad. Amtsgericht. B e d.

3.8.445. Nr. 258. Konstanz. (Urtheil.) J. A. E. gegen den Kommissionsär Johann Frid von Rodolfszell, wegen Unterschlagung, wird nach gepflogener Verhandlung zu Recht erkannt: Johann Frid ist der Unterschlagung im Betrags von 405 fl. 25 kr., zum Nachtheil des Johann W a b e l i in Eningen, für schuldig zu erklären, und deshalb zu einer Arbeitsstrafe von 1 1/2 Jahren, welche in 1 Jahr Einzelhaft zu erfüllen ist, sowie in die Kosten des Strafverfahrens und des Urtheilsvollzugs zu verurtheilen. B. R. B.

Dieses wird dem flüchtigen Johann Frid auf dem Wege bekannt. Konstanz, den 11. Januar 1865. Großh. bad. Kreis- und Hofgericht Konstanz. Strafkammer. F i n e i s e n. Waag.